

# Hier ausgebildete Topkräfte sollen hier arbeiten dürfen

Bund und Kanton wollen Spezialisten mit Hochschulabschluss in der Schweiz von der Beschränkung durch Kontingente ausnehmen.

**Mathias Küng**

Jährlich machen in der Schweiz etwa 1700 Personen aus Staaten ausserhalb von EU/Efta einen Hochschul- oder Uniabschluss. Doch nur die wenigsten dürfen danach hier arbeiten. Das will der Bund vor dem Hintergrund grossen Spezialistenmangels ändern. Und erntet im Aargau dafür Zustimmung.

Bereits 2011 erleichterte der Bund die Zulassung ausländischer Personen mit Schweizer Hochschulabschluss. Demnach gilt der Vorrang der Inländerinnen und Inländer sowie von EU/Efta-Angehörigen gegenüber dieser Gruppe nicht, «wenn ihre Erwerbstätigkeit von hohem wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Interesse ist». Jetzt will der Bund diesen Personenkreis zusätzlich von den jährlichen Kontingenten für Aufenthaltsbewilligungen ausnehmen. Besonders Interesse besteht an Spezialistinnen und Spezialisten aus dem MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik).

Damit will «Bern» verhindern, dass hier ausgebildete Leute aus Drittstaaten die Schweiz nur deshalb wieder verlassen müssen, weil die Kontingente ausgeschöpft sind.

**Regierung: Arbeitsmarkt soll profitieren können**

Die Aargauer Regierung unterstützt diese Absicht in einer Stellungnahme jetzt voll. Gerade für Berufe mit Fachkräftemangel sei es von besonderem Interesse, dass der Schweizer Arbeitsmarkt von den hier mit öffentlichen Geldern ausgebildeten Spezialistinnen und Spezialisten profitieren kann.

**AIHK: Wer hier ausgebildet wurde, kennt unser System**

Volle Unterstützung dafür gibt es auch von der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK). Jetzt, da sich die Coronalage zu entspannen scheint, rücken für die Firmen der Fachkräftemangel und die durcheinandergeratenen Lieferketten noch mehr in den Vordergrund als bisher. Dazu sagt AIHK-Direktor Beat Bechtold: «Die von mir angefragten Firmen können bisher Uni- und Hochschulabgängerinnen und -abgänger aus Drittstaaten via Kontingent anstellen. Das lohnt sich, wenn diese hier ausgebildet wurden, dann kennen sie nämlich bereits unser System. Sie hier einzustellen, macht auch deshalb Sinn, weil die Schweiz jährlich 200 Millionen Franken Steuergelder für die Ausbildung von Drittstaatenangehörigen ausgibt.»

**Solche Anstellungen sind sehr aufwendig**

Doch deren Anstellung sei sehr aufwendig, und deshalb ein klarer Wettbewerbsnachteil. «So begrüßen wir die Initiative zur Senkung der administrativen Hürden», sagt Bechtold auch mit besorgtem Seitenblick auf Schweden, das derzeit mit exorbitanten Kopfprämien Horizon-Forschende aus der Schweiz abzuwerben versucht.

Gerade im MINT-Bereich (Mathematiker, Informatiker, Naturwissenschaftler, Technik) haben hiesige Firmen besondere Probleme, Leute zu finden, vorab Informatiker. Diese seien so gefragt, dass viele nach der Lehre grad abgeworben werden, und zum Beispiel zu Technologiefirmen nach Zürich wechseln, wo höhere Löhne gezahlt

werden. Bechtold sagt dazu: «Die Unternehmen machen sich schon länger Gedanken, welche Anreize und Massnahmen nötig sind, um diese Spezialisten halten zu können. Jegliche Anstrengung, die Anstellungsbedingungen zu erleichtern, sind deshalb zu begrüssen.»

**ABB: Mehrheitlich Leute aus Schweiz und EU/Efta**

ABB Schweiz besetzt ihre Stellen grossmehrheitlich aus der Schweiz und dem EU/Efta-Raum, sagt Sprecher Andreas Maurer. Wenn einzelne Spezialistenrollen mit Personen aus Drittstaaten besetzt werden müssen, sei dies bisher im Rahmen der bestehenden Kontingente möglich. Positiv wirke sich dabei die erleichterte Zulassung für Personen aus, die direkt im Anschluss an ihr Studium eine Stelle im Unternehmen antreten. ABB Schweiz begrüsse «grundsätzlich Anstrengungen, die dazu beitragen, das Potenzial der Fachkräfte im MINT-Bereich besser zu nutzen».

**Drittstaatenstudierende auch an der FHNW**

Unter den rund 13 000 Studierenden der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) sind auch Personen aus Drittstaaten. Inwieweit sie nach ihrem Abschluss hier eine Arbeitsbewilligung erhalten, sei man allerdings nicht informiert, sagt Sprecherin Johanna Cantz. Man wolle mit der Ausbildung dem Fachkräftemangel – gerade auch im MINT-Bereich – entgegenwirken, mit besonderem Fokus auf den Schweizer Arbeitsmarkt. Grundsätzlich begrüsst auch die FHNW das bereits skizzierte Vorhaben des Bundes.